



Stadt Halle (Saale)

16.02.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 15.06.2022:

**zu 6.1 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Hauptsatzung der
Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/03934**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt in die Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) folgende Regelung aus § 48 Abs. 4 KVG LSA aufzunehmen:

„Im Rahmen ihrer Zuständigkeit entscheiden die beschließenden Ausschüsse selbstständig anstelle der Vertretung. Ergibt sich, dass eine Angelegenheit für die Kommune von besonderer Bedeutung ist, können die beschließenden Ausschüsse die Angelegenheit der Vertretung zur Beschlussfassung unterbreiten. In der Hauptsatzung wird festgelegt, dass ein Viertel der Mitglieder eines beschließenden Ausschusses eine Angelegenheit der Vertretung zur Beschlussfassung unterbreiten kann. Lehnt die Vertretung eine Behandlung ab, weil sie die Voraussetzungen für die Verweisung als nicht gegeben ansieht, entscheidet der zuständige beschließende Ausschuss.“

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

16.02.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 15.06.2022:

zu 6.2 **Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur Regelung der Pausenzeiten im
Stadtrat**
Vorlage: VII/2022/04056

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

1 Ja / 9 Nein / 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt für die noch bis zum 30.06.24 stattfindenden Sitzungen seiner Amtszeit grundsätzlich folgende Regelung zur Festsetzung von Pausen:

1. Eine Pause zur Essensversorgung soll die Dauer von 30 Minuten nicht überschreiten.
2. Die Summe aller Pausen soll die Dauer von 45 Minuten nicht überschreiten.
3. Davon abweichende Festlegungen sind im Einzelfall möglich. Diese benötigen die Zustimmung der einfachen Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Stadtrats.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

16.02.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 15.06.2022:

**zu 6.3 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des
Stadtratsbeschlusses vom 29.05.2019 Verzicht auf
Variantenbeschluss Fluthilfemaßnahme Nr. 198 Uferbefestigung der
Saale VI/2019/04959 und Bau
Vorlage: VII/2021/03462**

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, dass bei der weiteren Umsetzung des Baubeschlusses zur Fluthilfemaßnahme Nr. 198 Uferbefestigung der Saale VI/2019/0495 die vorgesehenen Steinschüttungen außerhalb von FFH-Gebieten punktuell nur insoweit fortgesetzt werden, als sich aus der Beseitigung von Hochwasserschäden zwingende Verkehrssicherungspflichten ergeben oder dies für die Sicherung von Bauwerken unumgänglich ist. Der Stadtrat ist zeitnah zu informieren. Dabei ist die Notwendigkeit der Steinschüttungen nachzuweisen und die dazugehörigen Planungen vorzulegen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

16.02.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 15.06.2022:

**zu 6.4 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Prüfung
der Umwidmung von Parkflächen
Vorlage: VII/2022/03648**

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit Parkflächen im Unterplan, die derzeit als Stellplätze für jedermann gekennzeichnet sind, teilweise in Anwohnerparkplätze umgewidmet werden können.

In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, wo im Glaucha-Viertel eine Kompensation mit Stellplätzen für jedermann hinsichtlich der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung (VwV-StVO) erfolgen kann.

Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat im September 2022 vorgelegt.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

16.02.2023

A u s z u g

**aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses vom 15.06.2022:**

**zu 6.5 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur
Aufhebung des Beschlusses Grundsätze zur
Parkraumbewirtschaftung in Halle (Saale) (Beschluss-Nr.: 97/I-29/533)
Vorlage: VII/2022/03903**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Beschlusses Grundsätze zur
Parkraumbewirtschaftung in Halle (Saale) (Beschluss-Nr.: 97/I-29/533).

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

16.02.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 15.06.2022:

**zu 6.6 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur
Entwicklung von Strategien zur Sicherung der Energie- und
Wärmeversorgung in Halle
Vorlage: VII/2022/03763**

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung beauftragt die Stadtwerke Halle GmbH, eine Strategie zu entwickeln und dem Stadtrat vorzulegen, die eine von russischen Rohstoffressourcen weitestgehend unabhängige Energie- und Wärmeversorgung im halleschen Stadtgebiet garantiert.

Die Vorlage des Strategiepapiers durch die Stadtwerke Halle GmbH erfolgt zum Stadtrat Juli 2022.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

16.02.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 15.06.2022:

**zu 6.7 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Nutzung
 von Solarenergie und Erdwärme für kommunale
 Wohnungsgesellschaften
 Vorlage: VII/2022/03764**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit kommunale Wohnungsgesellschaften entsprechend der gesetzlichen Rahmenbedingungen verpflichtet werden können, alle geeigneten Dächer ihrer Immobilien mit Solaranlagen auszustatten.

In diesem Zusammenhang ist außerdem zu prüfen, inwieweit und in welcher Form überschüssige Solarenergie in Zukunft gespeichert werden kann.

Geprüft wird darüber hinaus, ob sich im halleschen Stadtgebiet Erdwärme zur Erzeugung von Energie nutzen lässt.

Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat im Dezember 2022 vorgelegt.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

16.02.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 15.06.2022:

**zu 6.7.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum
"Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur
Nutzung von Solarenergie und Erdwärme für kommunale
Wohnungsgesellschaften" (VII/2022/03764)
Vorlage: VII/2022/04080**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält folgende Fassung:

~~Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit kommunale Wohnungsgesellschaften entsprechend der gesetzlichen Rahmenbedingungen verpflichtet werden können, alle geeigneten Dächer ihrer Immobilien mit Solaranlagen auszustatten. In diesem Zusammenhang ist außerdem zu prüfen, inwieweit und in welcher Form überschüssige Solarenergie in Zukunft gespeichert werden kann. Geprüft wird darüber hinaus, ob sich im halleschen Stadtgebiet Erdwärme zur Erzeugung von Energie nutzen lässt. Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat im Dezember 2022 vorgelegt.~~

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, über die Gesellschafterversammlungen der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH (HWG) und der Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH (GWG) die Geschäftsführungen der beiden Gesellschaften über eine Gesellschafterweisung anzuweisen, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten folgende Maßnahmen umzusetzen:

- 1. Die begonnene Analyse der Eignung und des Potenzials von Dächern, Fassaden und Balkonanlagen für Photovoltaikanlagen gemeinsam mit der EVH GmbH ist mit hoher Priorität abzuschließen.**
- 2. Bei Sanierung und Neubau von Gebäuden ist künftig die Eignung von Dach-,**



Fassaden- und Balkonflächen für Photovoltaikanlagen zu gewährleisten /
herzustellen.

3. Bei Dach- und Fassadenflächen, die für die Installation von Photovoltaikanlagen geeignet sind, ist der EVH die Installation entsprechender Anlagen zu gestatten.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 15.06.2022:

zu 6.7.2 **Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum
Prüfantrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur
Nutzung von Solarenergie und Erdwärme für kommunale
Wohnungsgesellschaften
Vorlage: VII/2022/04242**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit kommunale Wohnungsgesellschaften entsprechend der gesetzlichen Rahmenbedingungen verpflichtet werden können, alle **baulich und wirtschaftlich** geeigneten Dächer ihrer Immobilien mit Solaranlagen auszustatten.

In diesem Zusammenhang ist außerdem zu prüfen, inwieweit und in welcher Form überschüssige Solarenergie in Zukunft gespeichert werden kann.

Geprüft wird darüber hinaus, ob sich im halleschen Stadtgebiet Erdwärme zur Erzeugung von Energie nutzen lässt.

Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat im Dezember 2022 vorgelegt.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

16.02.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 15.06.2022:

zu 6.8 **Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und der
CDU-Fraktion zur Erstellung eines Sicherheitskonzepts für die Stadt
Halle**
Vorlage: VII/2022/03916

Abstimmungsergebnis: **zugestimmt nach Änderungen**

6 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung (**insbesondere das Ordnungsamt und das Team Streetwork**) wird beauftragt, ~~gemeinsam mit dem Ordnungsamt und dem Team Streetwork~~ in enger Kooperation mit der örtlichen Polizeibehörde **und der HAVAG** ein Konzept zu erstellen, welches die Ziele hat, die Sicherheitslage in der Stadt Halle (Saale) zu verbessern, die Verunsicherung in der Bevölkerung zu reduzieren und die wachsende Ausbreitung eines Bandengeschehens im gesamten Stadtgebiet zu unterbinden.

Das zu erstellende ~~Sicherheits~~Konzept weist die derzeitigen Kriminalitätsschwerpunkte in der Stadt Halle (Saale) ~~auf~~ **aus** und legt dar, mit welchen ~~Mitteln~~ **Zielen und Maßnahmen** ~~die Verwaltung Ordnungsamt und Team Streetwork~~ **die Verwaltung** ~~gemeinsam mit der Polizei künftig~~ **Ordnungswidrigkeiten und Straftaten im Vorfeld verhindern** **für mehr Sicherheit sorgen** will.

Insbesondere folgende Aspekte sollten in die Erstellung des Konzeptes einfließen:

- **Forderungen von Bürgerinnen und Bürgern nach einer Verbesserung der Beleuchtungssituation an als unsicher empfundenen Orten (siehe Studie von städtischen Streetworkern unter Jugendlichen)**
- **Forderungen von Bürgerinnen und Bürgern für eine zeitnahe Umsetzung des 24-Stunden-Dienstes des Ordnungsamtes für eine Verstärkung der Präsenz des städtischen Vollzugsdienstes an Problemstellen**



- **Arbeitsfähigkeit / Einbindung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität“**
- **Vernetzung mit relevanten Akteuren (z.B. Anwohnerinitiativen, Open-Air-Veranstalter)**
- **Prüfung der gemeinsamen Nutzung von Ressourcen verschiedener Akteure und Sicherheitsbehörden durch die Vernetzung von IT-Systemen bzw. die gemeinsame Nutzung von Daten, beispielgebend könnte hier die Zusammenarbeit der Halleschen Verkehrs-AG mit der Polizei sein.**

Das Konzept wird aufgrund der angespannten Sicherheitslage umgehend erstellt und der Stadtrat wird über **den Zwischenstand** dieses im Mai 2022 informiert.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

16.02.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 15.06.2022:

**zu 6.8.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und der
CDU-Fraktion zur Erstellung eines Sicherheitskonzepts für die Stadt
Halle (VII/2022/03916)
Vorlage: VII/2022/04122**

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt

5 Ja / 5 Nein / 1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Die Stadt erarbeitet ein präventives Ordnungs- und Sicherheitskonzept, das das Problem zunehmender Gewaltbereitschaft in Halle in den Fokus stellt. Das Konzept folgt dem Ansatz, dass die Ursachen hierfür komplex sind und sich nicht eindimensional erklären lassen. Besonders die Gewalt unter Jugendlichen verstärkte sich in der letzten Zeit. Auch Fälle von häuslicher Gewalt nahmen zu. Seit Jahren ist Halle zudem einer der Schwerpunkte rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Sachsen-Anhalt.

Die Prävention und deren zielgerichtete Koordinierung durch aktive Netzwerkarbeit müssen einen festen Platz in der Sicherheits- und Ordnungspolitik der Stadt erhalten. Es muss darum gehen, berechnete Ordnungs- und Sicherheitsinteressen von Einwohner*innen und die Suche - meist junger Menschen - nach Freiräumen möglichst ohne Repression miteinander in Einklang zu bringen, um diesem komplexen Thema tatsächlich gerecht zu werden.

In dem Konzept sind die folgenden Punkte zu berücksichtigen:



1. Vernetzung verschiedener Strukturen durch ein aktives Wirken des Präventionsrates, die Wiederbelebung des Polizeibeirates, die Einbeziehung des Kinder- und Jugendrates sowie weiterer zivilgesellschaftlicher Akteur*innen
2. zügige Umsetzung der Maßnahmen des Beleuchtungskonzeptes
3. frühzeitige Einbeziehung von Nutzer*innengruppen bei Planungen städtebaulicher Projekte
4. vielfältige Begegnungs-, Bewegungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten auf den städtischen Freiflächen für die unterschiedlichen Nutzer*innengruppen
5. Die sozialen Rahmenbedingungen müssen mit der öffentlichen Infrastruktur in der Stadt verbessert werden, insbesondere im Hinblick auf Schulsozialarbeiter*innen und Streetworker*innen vor Ort.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

16.02.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 15.06.2022:

**zu 6.9 Antrag der Fraktionen Freie Demokraten (FDP), MitBürger & Die
PARTEI und CDU zur Unterstützung des ASD
Vorlage: VII/2022/03998**

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert gemeinsam mit den Mitarbeitenden des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) ein Konzept zur Einbindung von Studierenden in die Tätigkeit des ASD mittels Werkstudentenverträgen zu entwickeln.

Als Grundqualifikation der Studierenden sind Studiengänge sozialer oder pädagogischer Fachrichtungen denkbar, welche mit einer weiteren fachlichen Einarbeitung und Schulung ergänzt werden können.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer